

# Neuer Streit um Schulfrieden in Höxter

CDU, BfH und FDP machen den Sozialdemokraten heftige Vorwürfe. Die können das nicht nachvollziehen.

David Schellenberg

■ **Höxter.** Die Schul-Debatte in Höxter, die sich um die Frage dreht, ob es künftig eine Kooperative Sekundarschule oder eine Realschule plus in der Kreisstadt soll, erreicht eine neue Runde. Während die Grundschüler ihren Eltern die Umfrage auf den Küchentisch legen, haut die Höxteraner CDU im Zusammenschluss mit BfH und FDP einmal kräftig auf die Sozialdemokraten drauf und wirft ihnen lautstark vor, den Schulfrieden zu stören.

Stein des Anstoßes ist ein Flyer des SPD-Stadtverbandes Höxter, der am Wochenende in der Innenstadt verteilt wurde. Darin erklären die Sozialdemokraten ihren eigentlich bekannten Standpunkt: Sie votieren für eine Kooperative Sekundarschule. In dem zweiseitigen Schreiben zählen sie zudem mit sieben Stichpunkten die Vorteile auf, die aus ihrer Sicht diese Schulform bietet – unter anderem kleinere Klassen und mehr Lehrer. Außerdem sehen sie bei der Sekundarschule die Möglichkeit für ein längeres gemeinsames Lernen und eine vollständige Durchlässigkeit der Bildungsgänge. „Und warum eine Elternbefragung, wenn die Vorteile der Kooperativen Sekundarschule auf der Hand liegen? Weil der Elternwille zählt und respektiert wird“, schließt der Flyer.

Solche Werbung gerade in dem Moment, wo die Umfrage unter den Höxteraner Grundschullehrern beginnt, ist für die Christdemokraten ein Unding. „Die Ratsfraktionen der CDU, BfH und FDP zeigen sich sehr verwundert, warum der im Sommer eingeschlagene Weg einer unabhängigen Information und Befragung der Eltern hier nicht ein-

gehalten wird. Sie kritisieren gemeinsam, dass seitens der SPD versucht wird, die Eltern zu beeinflussen und zu einer Entscheidung Pro Kooperativer Sekundarschule zu bewegen“, heißt es in einer von Unionsfraktionschef Günter Ludwig verbreiteten Pressemitteilung.

Gerade nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit, wo die damalige Entscheidung um die Schulform mit nachfolgenden Gerichtsverfahren und einem erfolgreichen Bürgerbegehren hohe Wellen geschlagen hat, was weder den Schulen, dem Standort und insbesondere den Schülerinnen und Schülern dienlich gewesen sei, wäre eine sachliche und neutrale Entscheidungsfindung für die Eltern hilfreich, um zu einer zielgerichteten und rechtssicheren Lösung im Sinne aller zu kommen, heißt es weiter.

Die Vorsitzenden der drei Fraktionen rufen deshalb öffentlichkeitswirksam alle politischen Mandatsträger dazu auf, im Sinne des Schulfriedens auf die Beeinflussung der Eltern zu verzichten.

SPD-Fraktionschef Günter Wittmann kann die Aufregung und Kritik in keiner Weise nachvollziehen. Man habe sich – anders als die Christdemokraten, wie er süffisant hinzufügt – während der Beratungen des Schularbeitskreises an die Abmachung des Stillschweigens gehalten. Nun habe man noch einmal die Position der SPD in Höxter verdeutlichen wollen. Die Eltern sollten aus seiner Sicht wissen, wofür die Partei steht. Dass die Sozialdemokraten sich für die Kooperative Sekundarschule einsetzen, ist nichts Neues.

Ebenso wenig wie die CDU in Höxter jüngerer Vergangenheit nicht müde wurde, die



Wie geht es weiter: die Realschule Höxter.

Foto: David Schellenberg

## Kommentar

### Arrogante Überheblichkeit

Sie wissen es doch selbst. Denn CDU, FDP und BfH weisen in ihrer öffentlichen Attacke auch ausdrücklich darauf hin: Das Thema Zukunft von Real- und Sekundarschule in Höxter ist hoch sensibel.

Um so verwunderlicher ist, dass gerade die Christdemokraten diesen arg durchsichtigen Angriff auf den politischen Gegner starten. Und es wird geradezu zynisch, wenn die CDU am Ende ihres Schreibens dazu aufruft, die Eltern nicht zu beeinflussen.

Denn es ist eben jene Höxteraner Union, die keine Gelegenheit ungenutzt lässt, für die Realschule Stimmung zu machen. Die im Mai die Auflösung der Sekundarschule durchdrücken will – und weil das nicht klappt, im Juni die Dreizügigkeit der Höxteraner Realschule aufheben möchte. Und als das ebenfalls scheitert, eingeschnappt und peinlich mit dem Satz „Recht ist nicht immer richtig“ reagiert.

Es sind diese undurchdachten und von der Sache ablenkenden Störmanöver, die die Eltern verunsichern und unnötig Schärfe in die Schuldebatte bringen.



David Schellenberg

Dass eine Partei im Vorfeld einer Ratsentscheidung ihre Position darstellt, begründet und auch dafür wirbt, wie es die SPD im Flyer tut, ist ein demokratischer Akt. Und trägt, ebenfalls wie die vielen Leserbriefe, eher zur Meinungsbildung bei als aufgeregtes Geschrei. Und wenn CDU, BfH und FDP glauben, dass Grundschullehrern sich bei einer so wichtigen Zukunftsfrage für ihre Kinder allein von einem einfach gestalteten rot-weißen SPD-Flyer beeinflussen lassen, zeugt das von arroganter Überheblichkeit. Eltern können selbst denken und entscheiden. Das haben sie gerade in der Schuldebatte trotz aller bisweilen massiven Beeinflussungsversuche in den vergangenen Jahren in Höxter immer wieder gezeigt.

david.schellenberg@nw.de

Realschule plus zu favorisieren. Im Mai hatte sie gefordert, die Sekundarschule auflösend aufzulösen, zuletzt scheiterte sie mit einem Antrag im Rat, die Beschränkung der Dreizügigkeit der Realschule ohne eingehende Begründung aufzuheben. Rechtlich so nicht zulässig, hieß es dazu lapidar von der Bezirksregierung.

Als „interessant“ haben CDU, BfH und FDP ausgemacht, dass die SPD die neue Schule als Hoffmann-von-Fallerleben-Schule bezeichnet. Das findet wiederum SPD-Mann Günter Wittmann amüsant, hat er doch nach eigenem Bekunden schon im vergangenen Jahr im Rat für diesen Namen geworben, weil er für beide Seiten integrierend wirken könnte. Die Schulform selbst könnte kleiner darunter stehen, wiederholt Wittmann seine Idee im „NW“-Gespräch.

### Und so geht es weiter

Und so dreht sich die Schul-Diskussion in Höxter noch ein wenig weiter. Aktuell sind die Eltern gefragt. Sie bekommen in diesen Tagen einen Brief von der Stadt mit einer Umfrage, die mit der Bezirksregierung abgestimmt ist. Die Stadtverwaltung hofft, dass sich viele Grundschullehrern beteiligen. So bekämen Verwaltung und Politik ein klares Bild vom Elternwillen, der auf der jüngsten Infoveranstaltung immer wieder in den Mittelpunkt gerückt wurde.

Gleichwohl ist das Ergebnis für die Stadt nicht bindend. Entscheiden werden die gewählten Vertreter im Stadtrat im November. Schon ein paar Wochen eher – nach den Herbstferien – sollen die Ergebnisse der Elternumfrage vorliegen und vorgestellt werden.